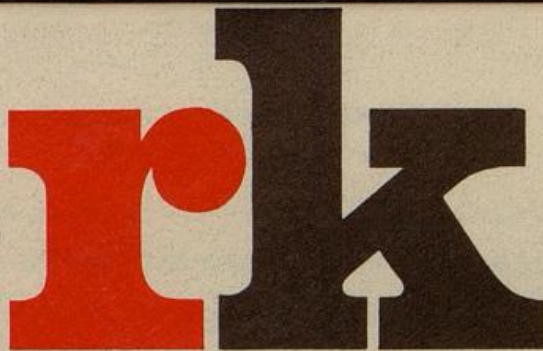


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

gegründet 1861

Montag, 26. Februar 1979

Blatt 463

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS

ausgesendet:

Nittel: Verkehrsprobleme durch Partnerschaft  
aller lösen

Kommunal:

(rosa)

Wiener Landtag

Wiener Gemeinderat

Sport:

(grün)

10. Halleneuropameisterschaften in der Leicht-  
athletik beendet

Nur

über FS:

24.2. Sattelschlepper blockierte Floridsdorfer  
Brücke

26.2. 72jähriger lief gegen Strassenbahn

15jähriger Mopedlenker gegen Strassenbahn: Tot

.....  
bereits am 24. februar ueber fernschreiber ausgesendet  
.....

k o m m u n a l :

\*\*\*\*\*

nittel: verkehrsprobleme durch partnerschaft aller loesen

3 wien, 24.2. (rk) eine wirksame verkehrsorganisation kann nur von allen am strassenverkehr beteiligten gruppen gemeinsam geschaffen werden. alle muessen partnerschaftlich zusammenhelfen, damit ein hoechstmass an sicherheit und fluessigkeit des verkehrsgeschehens erreicht wird.

dies betonte der neue amtsfuehrende stadtrat fuer strasse, verkehr und energie, heinz n i t t e l , samstag in der sendung des buergermeisters, in der er auf einladung von buergermeister leopold g r a t z kurz seine ersten vorstellungen ueber die verkehrsorganisation darlegte.

einleitend wuerdigte gratz die leistungen nittels im bisherigen ressort "staedtische dienstleistungen und konsumentenschutz", die vor allem durch die errichtung neuer baeder, die bemuehungen um eine raschere fertigstellung der 3. wasserleitung und des wiener abwasserbeseitigungssystems wabas 80 gekennzeichnet sind, und stellte ihn in seiner neuen funktion vor.

verkehrsstadtrat nittel nannte in der verkehrsorganisation vier schwerpunkte, denen bei der suche nach loesungen besondere bedeutung zukommt: die oeffentlichen verkehrsmittel - der kraftfahrzeugverkehr - die fussgaenger - der ruhende verkehr. die voranstellung der oeffentlichen verkehrsmittel bedeute keineswegs, dass das kraftfahrzeug eine weniger wichtige funktion im grosstaedtischen verkehrsgeschehen habe: gerade im wirtschafts- und berufsverkehr habe das auto seinen unbestrittenen platz und sei auch ein positiver bestandteil unserer sozialen und gesellschaftlichen aufwaertsentwicklung. immerhin uebersteige die zahl der in wien gemeldeten kraftfahrzeuge bereits eine halbe million und werde weiter wachsen.

dem gegenueber sind die oeffentlichen verkehrsflaechen nicht ebenso beliebig vermehrbar, auch nicht durch den bau neuer stadtautobahnen und schnellstrassen im stadtgebiet, sagte nittel. sie seien seiner meinung nach nur dort sinnvoll, wo sie der umfahrung dicht verbauter wohngebiete dienen - zum beispiel die suedosttangente - oder es dem autofahrer ermoeglichen, rasch und fluessig von einem punkt der stadt einen weiter entfernten anderen zu erreichen. in diesem zusammenhang bezeichnete es nittel als eine der ersten aufgaben, wichtige durchzugsstrassen von behinderungen frei zu machen und damit die voraussetzung dafuer zu schaffen, dass man zuegig von einem teil wiens in den anderen gelangen koenne.

auf die oeffentlichen verkehrsmittel eingehend, wies nittel dann auf die seit einiger zeit laufenden bestrebungen hin, deren attraktivitaet hinsichtlich schnelligkeit, dichterer folge und bequemlichkeit zu erhoehen. dadurch sollen autofahrer einen anreiz erhalten, vom kraftfahrzeug auf strassenbahn, bus, schnell- oder u-bahn umzusteigen und so die strassen zu entlasten, was wiederum der sicherheit und schnelligkeit der oeffentlichen verkehrsmittel zugute kaeme.

die netze der beliebtesten oeffentlichen verkehrsmittel u-bahn und schnellbahn werden weiter ausgebaut werden, was allerdings eine frage der immer mehr steigenden kosten ist. die weiterfuehrung des beschleunigungsprogramms fuer die strassenbahn durch stuttgarter schwellen, funkregelung fuer die gruenphase der strassenbahn, absolute halteverbote dort, wo es notwendig ist, um die strassenbahn zu forcieren, und andere geeignete massnahmen, nicht zuletzt die schaffung weiterer autobusspuren, die ein rascheres vorwaertskommen auch dieses oeffentlichen verkehrsmittels gewaehrleisten, sind vorrangig.

der schwerpunkt "fussgaenger" in der verkehrsorganisation muss sowohl die sicherheit als auch die schaffung weiterer verkehrsarmer zonen einschliessen, die auch den in diesem bereich angesiedelten wirtschaftstreibenden nuetzen. dabei muss auch die sicherheit der schulwege und die moeglichkeit fuer senioren, fahrbahnen ungefaehrdet zu ueberqueren erweitert werden.

die massnahmen der verkehrsorganisation fuer den vierten schwerpunkt, den ruhenden verkehr, sehen laut nittel vor allem die errichtung von parkgaragen in den dicht verbauten gebieten und an den endstellen der s- und u-bahn-linien vor. hier wird ein gewisser spielraum der privaten initiative verbleiben, wobei die oeffentliche hand durch beistellung geeigneter flaechen behilflich sein wird.

abschliessend hob nittel hervor, dass die probleme der verkehrsorganisation nur durch die mitarbeit, durch die partnerschaft aller verkehrsteilnehmer zu loesen sein werden, auch informationen und oeffentliche diskussionen zu den einschlaegigen themen werde es geben, und sein ziel sei es, die ihm gestellten aufgaben im kontakt mit den wienern zu loesen. (wfz)

0935

s p o r t :

=====

## 10. halleneuropameisterschaften in der leichtathletik beendet

1 wien, 26.2. (rk) die ddr mit vier und die udssr mit drei goldmedaillen waren bei den leichtathletik-europameisterschaften in wien die dominierenden nationen. zwei tage lang stand die bundeshauptstadt im zeichen ganz hervorragender leistungen, die von 600 teilnehmenden athleten aus 25 nationen im hallenstadion geboten wurden. erfreulicherweise erfuehlten aber auch die oesterreichischen athleten die in sie gesetzten erwartungen: karoline kaefer errang bronze fuer oesterreich in einem dramatisch verlaufenden 400-meterlauf, dietmar millonig mit ausgezeichnete neuer oesterreichischer hallenbestleistung einen ehrenvollen 6. platz im 3.000-meterlauf. schliesslich schlug sich der steirer gottfried wittgruber im hochsprung ganz beachtlich. die von ihm uebersprungene hoehe von 2,18 meter bedeuteten heimische bestleistung und zugleich einen 8. platz in diesem klassefeld. halleneuropameisterschaften in der leichtathletik fanden uebrigens bereits zum zweiten mal in wien statt.

"nach den titelkaempfen im jahr 1970 in der wiener stadthalle hat es sich nunmehr gezeigt, dass die mehrzweckhalle im prater ebenfalls allen anforderungen gerecht wird. die guten leistungen sind jedenfalls der beweis dafuer, wie notwendig das neue stadion ist", betonte stadtrat peter schieder sonntag abend im rahmen des empfangs, der im namen von buergermeister leopold gratz fuer die 600 teilnehmer an den 10. halleneuropameisterschaften in der leichtathletik im rathaus gegeben wurde. arthur gold, praesident des oesterreichischen leichtathletikverbandes, dankte dem gastgeber fuer den schoenen abend: man unterhielt sich angeregt bis mitternacht, und vielen athleten merkte man beim tanzen nicht an, welche hoechstleistungen sie noch vor stunden erbracht hatten. (hof)

0955

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag (1):

4 wien, 26.2. (rk) unter dem vorsitz seines ersten praesidenten hubert p f o c h trat montag der wiener landtag zu einer sitzung zusammen, die mit einer fragestunde eingeleitet wurde:

## fragestunde

1 . a n f r a g e von labg. w i e s i n g e r (spoe) ueber die bisherigen arbeiten der planungsgemeinschaft ost. stadtrat univ.-prof. dr. w u r z e r (spoe): die geschaeftsstelle der planungsgemeinschaft ost begann ihre taetigkeit am 1. september 1978. zu einzelnen wichtigen fragen wurden unterlagen vorbereitet, so ueber den landschaftsrahmenplan donau. untersuchungen ueber die schaffung eines nationalparks neusiedler see sind im garge. ein weiterer wichtiger fragenkomplex ist der ausbau der bundesstrassen in der ostregion. ausserdem arbeitet die geschaeftsstelle an einem diskussionsentwurf fuer die ausarbeitung gemeinsamer raumordnungsziele fuer die ostregion. auf eine zusatzfrage ueber die arbeiten in der naechsten zukunft antwortete wurzer, dass die naechste aussprache der drei landesamtsdirektoren am 13. maerz stattfinden wird.

2 . a n f r a g e von labg. d r . h i r n s c h a l l (fpoe), welche mitglieder beziehungsweise ersatzmitglieder des wohnbaufoerederungsbeirats als funktionaere beziehungsweise angestellte von wohnbautraegern taetig sind. landeshauptmann g r a t z : nach amtskenntnis sind dies 12 der 15 mitglieder sowie 9 der 15 ersatzmitglieder. in einer ersten zusatzfrage erklarte hirnschall, dass funktionaere oder angestellte von wohnbautraegern in einem solchen gremium natuerlich als lobbyisten taetig sind. bestehe da nicht eine krasse unvereinbarkeit ? gratz verwies in seiner antwort auf die gesetzliche bestimmung, wonach mitglieder des beirates von der behandlung und abstimmung in solchen faellen ausgeschlossen sind, wo ihre unvoreingenommenheit beeintraechtigt sein koennte. auf eine zweite zusatzfrage, ob er legislaetische initiativen in richtung unvereinbarkeit setzen werde, erklarte gratz, dass man entweder alle

wohnbautraeger ausschliessen muesste, dann waere es aber schwierig, genug fachleute zu finden, die sich in dieser komplizierten materie genuegend auskennen, oder aber es ist eben ein so breites spektrum der wohnbautraeger vertreten, dass ein missbrauch bei den vergaben ausgeschlossen ist.

3 . a n f r a g e von labg. d k f m . b a u e r (fpoe)  
ueber ausnahmegenehmigungen fuer die wohnbevoelkerung zum dauerparken in kurzparkzonen. landeshauptmann g r a t z : es soll in erwaegung gezogen werden, im einvernehmen mit der bezirksvertretung einen bezirk oder bezirksteil zur kurzparkzone zu erklaren, wobei fuer die wohnbevoelkerung eine ausnahmegenehmigung zum dauerparken bestehen soll. auf die zusatzfrage, ob parkgaragen mit verbilligten parkmoeglichkeiten fuer die wohnbevoelkerung errichtet werden sollen, erklarte gratz, dass uebereinstimmung darin bestehe, dass bei der gestaffelten foerderung nach dem bedarf vor allem der wohnbevoelkerung vorgegangen werden soll. (ger) (forts.)

1119

wiener Landtag (2):

auslieferungersuchen

5 wien, 26.2. (rk) anschliessend behandelte der Landtag zwei auslieferungersuchen des landesgerichts wien. labg. prof. z o e r n e r (oevp) berichtete ueber die empfehlungen des immunitaetskollegiums. demnach soll dem auslieferungersuchen betreffend das mitglied des bundesrates dkfm. dr. karl p i s e c (oevp) stattgegeben werden.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

die auslieferung des labg. f u e r s t (oevp) empfahl das immunitaetskollegium abzulehnen.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (schluss) (smo)

1120

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1):

6 wien, 26.2. (rk) die sitzung des wiener gemeinderats unter dem vorsitz von gr. leopold m a y r h o f e r (spoe) begann mit einer fragestunde.

## fragestunde

die 1. anfrage von gr. a m m a n n (oevp), welche konkreten massnahmen gegen die parkplatzmisere vor dem schloss schoenbrunn insbesondere im Hinblick auf eine geplante maria theresien-ausstellung getroffen wurden, beantwortete stadtrat univ.-prof. dr. w u r z e r (spoe): die ausstellung soll von mai bis oktober 1980 stattfinden. in seinem auftrag hat die ma 46 mit allen befassten stellen des bundes besprechungen gefuehrt. dabei stellte sich heraus, dass der bund keinerlei vorkehrungen vorgesehen hatte. von der ma 46 wurde daraufhin eine eingehende untersuchung der fuer die parkplaetze, insbesondere fuer autobusse in frage kommenden flaechen vorgenommen. es kaemen die vor dem schloss gelegenen sportflaechen in frage. zusaetzlich werden noch flaechen gefunden werden muessen. moegliche flaechen befinden sich in bundesbesitz, weshalb der buergermeister an den zustaeendigen ressortminister um eine loesung herangetreten ist. z u s a t z f r a g e : bereits 1971 hat der damalige planungsstadtrat ing. hofmann eine umfassende planung fuer den bereich schoenbrunn vorgelegt. kennen sie diese ? a n t w o r t : detailvorschlaege davon werden vom kuenftigen verkehrsstadtrat nittel wahrscheinlich aufgegriffen werden. w e i t e r e z u s a t z f r a g e : warum haben sie bisher nichts unternommen ? a n t w o r t : es wurde die generelle planung fuer die a 1 vorangetrieben. grosse teile der in frage kommenden flaechen befinden sich in bundesbesitz.

die 2. anfrage von gr. r a u t n e r (spoe), wie weit die im nordteil fertiggestellte donauinsel im kommenden sommer von der bevoelkerung benuetzt werden kann, beantwortete stadtrat



univ.-prof. dr. w u r z e r (spoe): ein massnahmenprogramm wurde dafuer bereits im vorjahr erstellt. dazu gehoeren massnahmen zur besserung der erreichbarkeit, es sind parkplaetze vorgesehen im bereich des einlaufwerks, im kahlenbergendorf, in der schwarzlackenau, weiter die aenderung der autobuslinie 32 b. vorgesehen ist auch die befestigung der wege auf der donauinsel, eine ueberfuhr vom kahlenbergendorf, sowie wc-anlagen und muellbehaelter. das wasser soll durch stufen und floesse leichter zu erreichen sein. ein zeltlagerplatz ist vorgesehen, sowie die fertigstellung des segelhafens nord. schliesslich sollen massnahmen getroffen werden, dass der autoverkehr von der insel ferngehalten wird. z u s a t z f r a g e : wann wird konkret damit begonnen ? a n t w o r t : die gespraechе ueber die finanzierung wurden aufgenommen, sobald sie abgeschlossen sind, kann begonnen werden. (smo) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (?):

fragestunde (forts.)

7 wien, 26.2. (rk) auf die 3. a n f r a g e von gr. w i e s i n g e r (spoe), wie weit die planungsarbeiten fuer die umgestaltung des franz jonas-platzes gediehen sind, antwortete univ.-prof. dipl.-ing. dr. w u r z e r , dass die planung bereits abgeschlossen wurde und auch die zustimmung des bezirkes und des finanzstadtrates gefunden hat. die planung sieht bequeme umsteigemoeeglichkeiten zur s-bahn, fuer 1.100 autos einen park-and-ride-parkplatz sowie massnahmen in der prager strasse und eine anbindung zur bruenner strasse vor. das projekt kostet 40 millionen, es wird im jahre 1982 fertig sein.

auf die 4. a n f r a g e von stadtrat dr. m a u t h e (oevp), ob sich neue gesichtspunkte fuer die ausgestaltung des stephansplatzes und stock im eisen-platzes ergeben haben, antwortete stadtrat univ.-prof. dipl.-ing. dr. w u r z e r , dass die ma 41 derzeit fotos mit wirklichkeitsgetreuen einspiegelungen der verschiedenen vorhaben anfertigt. auf grund dieser unterlagen wird es zu besprechungen mit der erzdioezese wien und mit den zustaendigen planungs- und kulturausschuessen kommen. auf die z u s a t z f r a g e , ob der vorschlag des 1. bezirkes, dem stock im eisen-platz eine mittelpunktfunktion einzuraeumen, beruecksichtigt wird, antwortete stadtrat wurzer, dass dieser vorschlag natuerlich genauso beurteilt und bewertet wird, wie alle anderen vorschlaege.

auf die 5. a n f r a g e von gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe), welche massnahmen getroffen werden, um eine ungehinderte bedienung der taxi-rufapparate sicherzustellen, antwortete buergermeister g r a t z , dass diese rufanlagen vom verband des oesterreichischen transportgewerbes errichtet werden und dass die benuetzung von der bezahlung einer monatlichen gebuehr von 60s abhaengig gemacht wird. auf die z u s a t z f r a g e , ob gespraechе mit dem verband eingeleitet werden, antwortete gratz,

dass solche gespraechе sinnvoll waeren. auf eine zweite z u - s a t z f r a g e, wann mit einem ergebnis der gespraechе zu rechnen ist, antwortete gratz, dass er dies nicht abschaetzen koenne.

auf die 6. a n f r a g e von gr. dipl.-ing. ddr. s t r u n z (oevp), ob in den wiener haushalten die auswirkungen der erdgasumstellungen bezueglich des stickstoffgehaltes der abgase untersucht wurde, antwortete stadtrat s c h i e d e r, dass es eine untersuchung gibt, die allerdings nur in einem einzigen wiener haushalt durchgefuehrt wurde. auf die z u s a t z f r a g e, ob noch weitere gutachten existieren, antwortete schieder, dass der ma 22 keine weitere untersuchung bekannt ist. auf die z u - s a t z f r a g e, warum die bevoelkerung nicht ueber die gefahren aufgeklaert wurde, antwortete stadtrat schieder, dass eine grossangelegte untersuchung im internationalen masstab im gange ist. die ergebnisse dieser untersuchung werden die wiener stadtwерke natuerlich erhalten und man wird dann sehen, ob entsprechende massnahmen zu setzen sind. (sei) (forts)

1204

wiener gemeinderat (3):

fragestunde (forts.)

8 wien, 26.2. (rk) auf die 7. a n f r a g e von gr. o b l a s s e r (spoe), wann mit der errichtung einer oeffentlichen parkanlage im assanierungsgebiet ottakring zu rechnen sei, antwortete stadtrat s c h i e d e r, dass mit dem bau der garage im sommer 1979 begonnen werden koennte, wenn die absiedelung des hauses ottakringer strasse 99 planmaessig vor sich gehe.

auf die z u s a t z f r a g e nach der beteiligung der bevoelkerung antwortete schieder, dass die mitwirkung der bevoelkerung an der parkgarage sichergestellt werden wird.

auf die 8. a n f r a g e von gr. h a h n (oevp) ueber die zweckwidrige verwendung von 120 millionen schilling durch die gesiba fuer den bau eines buerogebaeudes in der stadiongasse 11; antwortete stadtrat m a y r (spoe), dass keine zweckwidrige verwendung erfolgt sei. auf die frage hahns nach der zurueckerstattung der zinsen

antwortete mayr, dass die gesiba im november 1975 in einer zeit, da der kapitalmarkt angespannt war, den kredit in neun tranchen aufgenommen habe. fuer nicht in anspruch genommene kreditbeträge haetten zusaetzliche bereitstellungskosten bezahlt werden muessen. von dem ueberhang von 117 millionen, der fuer den bau des buerogebaeudes nicht in anspruch genommen wurde, wurden 109 millionen auf festgeld angelegt, der rest wurde auf zwischenfinanzierung fuer ein pensionistenheim verwendet. auf die zweite z u s a t z f r a g e, ob das kontrollamt eingeschaltet wird, stellte mayr fest, dass dazu keine veranlassung bestehe, da die gesiba wirtschaftlich richtig und nicht zweckwidrig gehandelt habe.

auf die 9. a n f r a g e von gr. p r o c h a s k a (oevp), warum den wiener jugendorganisationen arbeitsgemeinschaft katholischer jugend, evangelisches jugendwerk und mittelschueler-cartellverband die aufnahme in den verein wiener jugendkreis verweigert werde, antwortete vizebuengermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r, dass bei allen aktionen zur allgemeinen teilnahme aufgefordert werde.

auf die erste z u s a t z f r a g e, ob die mitarbeit dieser jugendorganisationen im kuratorium des wiener jugendkreises weiterhin unterstuetzt werde, stellte sandner fest, dass die genannten organisationen selbstverstaendlich unterstuetzt werden, von sich aus jedoch keine ambitionen zur mitarbeit gezeigt haben. auf die zweite z u s a t z f r a g e nach einem landesjugendbeirat sagte sandner, dass die bemuehungen zur zusammenarbeit weiter fortgesetzt werden.

auf die 10. a n f r a g e von gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) nach telefonanschluesen in den mutterberatungsstellen antwortete vizebuengermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r, dass in 36 von 74 beratungsstellen eigene telefonapparate vorhanden waeren und schrittweise weitere anschluesse hergestellt werden. auf die erste z u s a t z f r a g e antwortete sandner, dass die empfehlung der ma 11 an die aerztinnen, sich mit schillingen fuer oeffentliche sprechzellen auszuruesten, nur eine notmassnahme sei, und die versorgung mit telefonapparaten in den beratungsstellen so rasch wie moeglich vor sich gehen werde.

auf die 11. a n f r a g e von gr. dkfm. b a u e r (fpoe) ueber die generelle durchfuehrung der schulmilchaktion antwortete sandner, dass ein beirat von schulwarten, Lehrern und eltern zur klaerung dieser frage ins leben gerufen wurde. auf die z u - s a t z f r a g e nach dem ergebnis der beratungen antwortete sandner, dass eine klaerung zu beginn des neuen schuljahres erwartet werde. (ba) (forts)

1209

wiener landtag (3): (nachtrag)

9 wien, 26.2. (rk) ein o e v p - a n t r a g betreffend aenderung des kulturschilling-gesetzes hinsichtlich der ausschliesslichen verwendung des kulturschillings fuer die altstadterhaltung wurde zu beginn der sitzung dem gemeinderatsausschuss fuer kultur, jugend und bildung zugewiesen. (smo)

1248

nnn

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (4):

fragestunde (schluss)

11 wien, 26.2. (rk) 12. anfrage von gr. traibl (oevp) ueber die ablehnung eines oevp-antrages im kollegium des wiener stadtschulrates, der fuer abwesende wahlberechtigte zur wahl der vertreter der landeslehrer in die leistungs- und disziplinarbehoerden die moeglichkeit der stimmabgabe durch die post vorsah. vizebuergemeisterin gertrude froehlich-sandner (spoe): aufgabenkreis und zusammensetzung des kollegiums sind gesetzlich festgelegt. das kollegium ist weisungsfrei. auf die zusatzfrage, was sie gegen diese ungerechtigkeit zu tun gedenke, wies froehlich-sandner darauf hin, dass dies eine angelegenheit des kollegiums sei und nicht in ihre kompetenz falle. auf eine zweite diesbezugliche zusatzfrage stellte froehlich-sandner fest, dass sie sich der demokratischen mehrheitsbildung im kollegium anschliesse.

13. anfrage von gr. dkfm. sigrun schlick (oevp) ueber die neuorganisation der 1. medizinischen abteilung des krankenhauses lainz. stadtrat univ.-prof. dr. stacher (spoe): beabsichtigt ist die unterteilung in eine allgemein medizinische und eine medizinische abteilung mit onkologie. die planung war abgeschlossen, wurde aber gestoppt, weil der vertrag ueber die schwestern von der kongregation vom 3. orden des hl. franziskus ueberraschend gekuendigt wurde. daraus ergeben sich personalprobleme, auch die urspruengliche raeumliche struktur muss neu ueberdacht werden. ein detaillierter plan kann daher erst nach abschluss der notwendigen umplanungen vorgelegt werden. auf die zusatzfrage, ob die errichtung einer onkologie vertretbar sei, antwortete stacher, dass es sich dabei um eine schwerpunktbildung handle, die bedeutet, dass aerzte und pflegepersonal sich besonders mit dieser schwierigen therapie beschaeftigen. es werden aber nicht nur onkologische faelle behandelt. auf eine zweite zusatzfrage, die sich auf die aufteilung der betten bezog, verwies stacher auf die gegenwaertigen umplanungen. eine detaillierte antwort sei deshalb im augenblick nicht moeglich.

14. anfrage von gr. dkfm. sigrun s c h l i c k (oevp), welche auftraege im rahmen der erstellung eines kostenstellenrechnungssystems fuer die wiener spitaeler bisher an die firmen consultatio, oekodata beziehungsweise arge-kostenrechnung vergeben wurden? stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe): 1974 wurden die ersten und grundsatzlichen studien betreffend eine kostenrechnung an die consultatio mit der ueberlegung erteilt, dass einerseits diese firma bereits in der liste der die ma 5 beratenden steuerberatungsfirmen aufschien und andererseits die grundsatzstudien im rahmen der usuellen verrechnungsgepflogenheiten erstellt werden und den neuen grundzuegen, vorgegeben durch den zielplan, entsprechen sollten. die weiteren auftraege waren auftraege im rahmen einer krankenhausbetriebsberatung und bedurften daher nicht mehr der reinen vorbedingungen eines steuerberaters. der sich aus den grundsatzstudien ergebende beratungspersonenkreis liess es geboten erscheinen, dieser gruppe die weiteren auftraege zu erteilen, da zur realisierung wesentliche vorkenntnisse gegeben waren und daher der faktor zeit und geld minimiert werden konnte. die auftraege wurden an die konsulenten als zuarbeit vergeben, die gesamtverantwortung fuer die jeweiligen projekte lag bei bediensteten der stadt wien. stacher gab eine umfassende und detaillierte aufstellung ueber die erteilten auftraege. die gesamtsumme (consultatio und oekodata) belief sich auf 6,2 millionen, wobei der anteil der kostenrechnung 5,6 millionen betrug. auf die z u s a t z f r a g e bezueglich der richtigkeit einer meldung der "arbeiter-zeitung" ueber bereits erfolgte einsparungen erklaerte stacher, dass er diese auf gesamt-oesterreichische verhaeltnisse bezogene frage nicht beantworten koenne. eine weitere z u s a t z f r a g e ueber die durchfuehrung von auftraegen fuer die pensionistenheime durch die oekodata beantwortete stacher mit dem hinweis auf die zustaendigkeit des vorstandes des wiener kuratoriums.

15. anfrage von gr. maria h a m p e l - f u c h s (oevp), wann der umbau der grossen krankensaale in den staedtischen krankenanstalten in vier- bis sechsbettzimmer abgeschlossen sein wird? stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe): die derzeit noch vorhandenen grossen krankensaale werden laufend unter bedachtnahme auf betriebliche moeglichkeiten und medizinische erforderungen in kleinere zimmer unterteilt. eine angabe ueber den genauen

zeitpunkt, wann dies abgeschlossen sein wird, ist nicht moeglich. der umbau erfolge so rasch wie moeglich ohne gefaehrdung des betriebes. auf die z u s a t z f r a g e , wieviele saele mit mehr als zehn betten es gebe, legte stacher eine detaillierte uebersicht vor. eine unterteilung erfolgt dort nicht mehr, wo in absehbarer zeit eine generalsanierung vorgesehen ist oder wo entschieden ist, dass diese abteilungen in absehbarer zeit ueberhaupt nicht mehr verwendet werden (wie zum beispiel im bereich des allgemeinen krankenhauses). auf eine zweite z u s a t z f r a g e ueber die bereitstellung von kaesten in saelen als uebergangslösung verwies stacher darauf, dass darueber hinaus auch der auftrag erteilt wurde, falls sie sich bewaehren, schienen fuer vorhaenge einzubauen. damit ist fuer den patienten die moeglichkeit gegeben, sich gegen sicht zu schuetzen.

16. a n f r a g e von gr. dipl.ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe), ob in den spitaelern waehrend des letzten grossen stromausfalles durch einsatzbereite notstromaggregate die lebenswichtige medizinische versorgung der patienten gesichert war? stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) gab einen umfassenden und detaillierten ueberblick ueber den stand der notstromversorgung in den einzelnen spitaelern. in anstalten, in denen es keine notstromversorgung gibt, besteht fuer op-saele und andere kritische bereiche eine notversorgung durch akkumulatoren. es ist vorgesorgt, dass kein patient bei einem stromausfall schaden erleidet, vorausgesetzt, dass trotz laufender kontrollen nicht unvorhersehbare technische schwierigkeiten auftreten. stacher teilte mit, dass er vorsorglich fuer die zukunft die weisung gegeben habe, dass kein neues geraet, bei dessen ausfall lebensbedrohliche situationen entstehen koenn-ten, in betrieb genommen werden darf, wenn nicht eine entsprechende stromversorgung im notfall durch notstromaggregate oder akkumula-toren gesichert ist. (ger) (forts.)



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (5):

## anfragen und antraege

12 wien, 26.2. (rk) im anschluss an die fragestunde gelangte die tagesordnung zur verhandlung. es lagen je drei anfragen der fpoe und der oevp vor. von der oevp wurden folgende antraege eingebracht: betreffend ueberarbeitung des schutz-zonenentwurfes fuer ober- und unter-laa, weiterfuehrung wissen-schaftlicher arbeiten zur vermindernung von gefaehrlichen stick-oxiden bei gasgeraeten, eingliederung der heizbetriebe in die wiener stadtwerke, einrichtung eines mehrzwecksaales im gemeindebau 21, russbergstrasse, umleitung des durchzugsverkehrs im ortskern ober-laa, erhaltung der querungsmoeglichkeit fuer pkw in der meidlinger fussgaengerzone, vorlage eines 5jaehrigen investitions- und finanzplanes der wiener stadtwerke an den gemeinderat. die fpoe brachte einen antrag betreffend befugnisse des kontrollamtes zur einschau in die taetigkeit der akpe ein. alle antraege wurden den zustaeendigen gemeinderatsausschuessen zugewiesen.

## gemeinderatsausschuesse

der gemeinderat nahm dann die wahl der mitglieder der ge-meinderatsausschuesse fuer die zehn verwaltungsgruppen vor. die je 15 mitglieder, zehn von spoe und fuef von oevp, wurden mit den stimmen von spoe und oevp gewaehlt.

neu gewaehlt wurden auch sechs mitglieder des kontrollaus-schusses, und zwar die gemeinderaete hengelmueller, kneidinger, rosenberger, friederike seidl, margarete tischler und dr. zeman (alle spoe).

abstimmung: einstimmig angenommen.

fuer die gemeinderaetliche personalkommission wurden folgende fuef mitglieder neu vorgeschlagen: die gr. h o l u h, dr. n o w a k, p f o c h, elisabeth s c h i n d l e r (alle spoe) und mag. k a u e r (oevp). /.

a b s t i m m u n g : von spoe und oevp angenommen.

fuer den vorstand der krankenfuehrgesellschaft der bediensteten der stadt wien wurde anstelle des ausgeschiedenen stadtrat h e l l e r nunmehr stadtrat n e k u l a vorgeschlagen.

a b s t i m m u n g : von spoe und oevp angenommen. (smo)(forts)  
1349

wiener gemeinderat (6):

foerderung fuer international theatre

13 wien, 26.2. (rk) gr. hermine f i a l a (spoe) beantragte, dem "international theatre" fuer den umbau des ehemaligen rossauer kinos einen einmaligen foerderungszuschuss von 200.000 s zu gewaehren. gr. p r o c h a s k a (oevp) kritisierte, dass dafuer die gelder aus den ertraegnissen des kulturschillings herangezogen werden. prochaska stellte den a b a e n d e r u n g s a n t r a g, die 200.000 s aus der "foerderung von wissenschaft, kunst und volksbildung" zu bedecken.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag blieb in der minderheit, das geschaeftsstueck wurde mit den stimmen der spoe a n g e n o m m e n .

ruhegeld fuer pflegemuetter

gr. h a n k e (spoe) beantragte, dass frauen, die durch 15 jahre drei oder mehr pflegekinder betreut und das 55. lebensjahr vollendet haben, ein monatliches ruhegeld im ausmass des jeweils fuer ein kind bezahlten pflegegeldes bekommen sollten.

gr. gertrude s t i e h l (spoe) begruesste diese regelung und erklarte, dass dies nur ein erster schritt sein kann. damit wird erstmals jenen muettern "dankeschoen" gesagt, die bereit sind, fremden kindern ein heim zu geben und die familie zu ersetzen.

gr. dr. marilies f l e m m i n g (oevp) erklarte, dass die oevp mit dieser regelung einverstanden ist, jedoch im weiteren eine sozialrechtliche absicherung der pflegemuetter anstrebt. diese generelle loesung sollte nicht aus dem auge verloren werden.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen (sei) (forts)

1353

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (7):

subvention fuer jugendzentren

14 wien, 26.2. (rk) gr. h o l u b a r z (spoe) beantragte eine subvention in der hoehe von 27,8 millionen fuer den verein "jugendzentren der stadt wien". gr. p r o c h a s k a (oevp) stellte dazu fest, dass er in seiner kritik nicht die zentrenidee an sich schlecht machen, sondern lediglich misstaende in den jugendzentren aufzeigen wolle. gegenueber den freien jugendorganisationen werden die zentren zu hoch subventioniert: die 18 freien organisationen erhalten insgesamt 3,5 millionen, die zentren mehr als 27 millionen. fuer die jugendzentren gebe es weder eine standort- noch eine bedarfsanalyse. ueber draengen der oevp sei lediglich ein dienstpostenplan erstellt worden, der jedoch nicht mehr stimme, sondern wesentlich ueberzogen wurde. die jugendzentren widmen sich beispielsweise der behindertenhilfe ohne ausreichend geschulte kraefte dafuer zur vefuegung stellen zu koennen. die eroeffnung des wiener jugendzentrums in hietzing sei in eine wahlkampfveranstaltung umfunktioniert worden. die auflagen fuer die sicherheitsbestimmungen werden nicht eingehalten, die errichtung von nachtraeglichen sicherheitsvorkehrungen verschlingen ein beträchtliches mehr an steuergeldern.

wenn tatsaechlich alle angefuhrten misstaende in den jugendzentren herrschen, so muesste gr. prochaska seine funktion als obmannstellvertreter eigentlich schon laengst zurueckgelagt haben, kontaktierte gr. h a n k e (spoe). im rahmen des vereins, wo sachlich diskutiert wird, ergreife prochaska nie das wort, im gemeinderat polemisiere er. die jugendorganisationen erfassen nur einen geringen prozentsatz der jugendlichen, die jugendzentren betreuen dagegen alle jugendlichen, die keiner organisation angehoren.

berichterstatter h o l u b a r z bedauerte im schlusswort, dass die jugendarbeit in wien fuer die oevp anscheinend nur ein lippenbekenntnis sei und dass die subvention abgelehnt wird, obwohl sovieler aktivitaeten fuer die jungen menschen vorgesehen sind.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe und fpoe angenommen. (ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (8):

foerderungszuschuss

16 wien, 26.2. (rk) gr. h o l u b a r z (spoe) stellte den antrag, fuer die durchfuehrung der woche "literatur im maerz" einen foerderungszuschuss bis zu einer million zu gewaehren.

gr. p r o c h a s k a (oevp) stellte den a b a e n d e r u n g s a n t r a g , die bedeckung nicht aus dem kulturschilling, sondern aus der foerderung von wissenschaft, kunst und volksbildung vorzunehmen.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag wurde mit den stimmen der spoe abgelehnt, der antrag des berichterstatters mit den stimmen der spoe angenommen.

## neue geschaeftseinteilung

die antraege ueber die neue geschaeftseinteilung fuer den magistrat der stadt wien sowie ueber die umwandlung des landwirtschaftsbetriebes der stadt wien in eine eigene magistratsabteilung wurden von stadtrat peter s c h i e d e r (spoe) referiert. der gemeinderat hat in seiner sitzung vom 14. februar zehn neue verwaltungsgruppen festgesetzt. die geschaeftsgruppen sind den verwaltungsgruppen anzupassen. der grundsatz fuer die neueinteilung war die fortsetzung der umstrukturierung von einer fachgebietsorientierten verwaltung in eine gliederung nach kommunalen aufgabenschwerpunkten, die der zielsetzung einer modernen und volksnahen verwaltung in staerkerem masse gerecht wird. bei der neuen geschaeftseinteilung sind die ergebnisse der feinstrukturierung beruecksichtigt. die kompetenzen wurden den aktuellen erfodernissen angepasst. schieder gab einen ueberblick ueber die neue geschaeftseinteilung (siehe "rathaus-korrespondenz" vom 20. februar 1979, blatt 434 bis 436).

als erster debattenredner erklarte gr. dkfm. b a u e r (fpoe), dass es sich diesmal bereits um die dritte neuordnung seit 1973 handelt. wenn etwas so grundsuetzliches wie die ressorteinteilung

alle eindreiviertel jahre geaendert wird, so zeugt das nicht von einem wohlueberlegten und systematischen vorgehen. die zielvorstellung einer modernen und volksnahen verwaltung ist das eingestaendnis, dass es bisher nicht so gewesen ist. bauer stellte in zweifel, dass im dritten anlauf nunmehr der grosse wurf gelungen sei. zum teil handelt es sich bei der neueinteilung naemlich um ein zurueck zum zustand des jahres 1973. zum beispiel wurde 1973 ein ressort "umwelt und oeffentliche einrichtungen" aus der taufe gehoben. 1976 wurde daraus ein ressort "inneres und buergerservice", jetzt heisst es wieder "umwelt und freizeit". aus dem wirtschaftsressort wurde die vermoegensverwaltung herausgeloest. bauer aeusserte in diesem zusammenhang die befuerchtung der zwei- oder dreigleisigkeit. die bezeichnung "wirtschaftspolitik" sei fuer dieses ressort in anbetracht seiner agenden nicht zutreffend. die geschaeftsgruppe "strasse, verkehr und energie" sei ein bunt zusammengewuerfeltes mammutressort. in ihm sind bereiche der versorgung, der entsorgung und des verkehrs enthalten, keiner aber vollstaendig. die neue geschaeftseinteilung werde der zielvorstellung einer nach kommunalen aufgabenschwerpunkten gegliederten verwaltung nicht gerecht. von feinstrukturierung zu reden, sei eine kuehnheit. es bestehe eine unausgewogenheit zwischen mini- und mammutressorts. die neue geschaeftseinteilung werde zu keiner verwaltungsvereinfachung fuehren, die verwaltung wird nicht ueberschaubarer. bauer kuendigte an, dass seine funktion die neue geschaeftseinteilung ablehnen werde. (ger) (forts.)

1428

wiener gemeinderat (9):

neue geschaeftseinteilung (forts)

17 wien, 26.2. (rk) genau genommen ist das bereits die vierte aenderung der geschaeftseinteilung seit 1973, erklaerte str. dr. g o l l e r (oevp). laut berichterstatter ist die jetzige aenderung die logische konsequenz nach der wahl neuer stadtraete. in der neuen einteilung finden sich aber keine einfluesse aus der sogenannten denkphase. der berichterstatter hat es sich sehr einfach gemacht und lediglich den motivenbericht der magistratsdirektion wiedergegeben, in dem es heisst, dass eine zu-

ordnung der abteilungen nach einer sogenannten schwerpunktpolitik erfolgt ist. eine solche schwerpunktpolitik hat die oevp jahrelang verlangt. sie wurde aber vom buergermeister mit dem hinweis zurueckgewiesen, es gaebe keine prioritaelen, alles sei wichtig. in wirklichkeit ist diese geschaeftseinteilung, meinte goller, aber nicht auf schwerpunkte orientiert, sondern auf die zur verfuegung stehenden personen zugeschnitten, und noch dazu schlecht. zum beispiel war der sport 47 jahre lang bei kultur bzw. volksbildung, 1973 wurde er dann der person kurt hellers entsprechend der geschaeftsgruppe personal zugeteilt. jetzt gelangt er zum stadtrat fuer umwelt und freizeit. richtig waere es gewesen, den sport wieder zur kultur und jugend zu geben. die angekuendigte schwerpunktpolitik ist also nicht richtig, es muss hingegen einen magistratsschacher zwischen den stadtraeten gegeben haben: wenn schon jetzt der umwelt-stadtrat den landwirtschaftsbetrieb nicht mehr hat, so muss er wenigstens die neue ma 45-wasserbau bekommen, die von der brueckenbau-abteilung abgezweigt wurde. das ist nicht schwerpunktorientiert. auch vom oftmals angekuendigten "feinschliff" ist nichts zu bemerken. in der ma 26 ist zum beispiel die "fuehrung der rathausverwaltung" zu finden. warum ist die rathausverwaltung nicht zur ma 52, die fuer die verwaltung von amts-haeusern zustaendig ist, gekommen? oder: bei der ma 22-umweltschutz gibt es die "fuehrung der buerogeschaeft des beirates fuer umweltschutzfragen". dieser beirat wurde zwar 1971 konstituiert, ist aber seither nie mehr zusammengetreten.

goller kritisierte weiter, dass es die bezeichnung baudirektion nicht mehr gibt. die einrichtung der baudirektion wurde jedoch sogar in der zeitschrift "zukunft" als vorbildlich bezeichnet, und ohne die einrichtungen der baudirektion waeren die gigantischen bauleistungen von 1950 bis 1970 nicht annaeherd moeglich gewesen. das ist kein feinschliff - das ist zertruemmerung.

die neue geschaeftseinteilung bringt auch keine saubere trennung zwischen behoerdlicher und privatwirtschaftlicher taetigkeit, wie sie bei den magistratsabteilungen 28, 46 und anderen vorgesehen ist. die vermoegensverwaltung wurde angeblich von der finanzverwaltung getrennt. in der ma 5 ist jedoch die moeglichkeit gegeben, dass die finanzverwaltung bei der verwaltung der holdingbetriebe einen betraechtlichen einfluss nehmen kann. es wurde also

keine kompetenzentflechtung erzielt.

schliesslich wird in der geschaeftseinteilung ein vorgriff auf zukuenftige aufgaben gemacht: der ma 62 wird die durchfuehrung von volksabstimmungen und volksbegehren zugewiesen. dafuer gibt es aber noch gar keine durchfuehrungsbestimmungen. sie wurden dem landtag noch immer nicht vorgelegt. die wichtigste verwaltungsreform, naemlich die dezentralisierung bis in die bezirke, wurde nach wie vor der bevoelkerung schuldig geblieben.

die oevp verlangte eine buergernaehere, dezentralisierte verwaltung im sinne einer dienstleistung fuer den buerger. die neue geschaeftseinteilung bringt jedoch keine verwaltungsreform, keinen ansatz fuer eine billigere verwaltung, keinen feinschliff, keine trennung von behoerdlichen und privatwirtschaftlichen taetigkeiten, hingegen viele kompetenzverflechtungen. (smo)(forts)

1507

wiener gemeinderat (10):

neue geschaeftseinteilung (forts)

18 wien, 26.2. (rk) in der zeit der rathaus-koalition waren geschaeftseinteilungen immer nur das ergebnis des bemuehens, wahl-ergebnisse in einfluss- und machtbereiche umzusetzen, erklarte gr. o u t o l n y (spoe). erst seit 1973 ist die chance zu einer gruendlichen reform gegeben, die den kommunalpolitischen erfoerdersnissen rechnung traegt. bereits 1973 wurden die schwerpunkte fuer eine gewaltige veraenderung der organisation in der stadt wien gesetzt: damals wurde begonnen, eine eigene abteilung fuer wirtschaftspolitik zu schaffen, damals wurde mit dem 28 jahre dauernden ver-saeumnis in den krankenanstalten aufgeraeumt, damals wurde eine eigene umweltschutzabteilung geschaffen, der presse- und informationsdienst unter die demokratische kontrolle eines gemeinderatsausschusses gestellt und eine eigene abteilung fuer den sport geschaffen. wenn auch rueckblickend die reduzierung von 14 auf 8 geschaeftsgruppen als vielleicht zu extreme entscheidung gesehen werden muss, so wurde dies 1976 mit der anhebung auf 10 geschaeftsgruppen korrigiert. ebenfalls 1976 wurde die moeglichkeit geschaffen, gruppen-, bereichs- und projektleiter einzusetzen. die **jetzige** ./.

reform entspricht der zielsetzung des arbeitsprogrammes 1978 bis 1983, das vor allem eine zusammenfassung der kompetenzen in den bereichen verkehr sowie wohnen und stadterneuerung fordert. (sei)  
(forts)

1538

wiener gemeinderat (11):

neue geschaeftseinteilung (schluss)

19 wien, 26.2. (rk) hat man die **debattenbeitraege** der opposition zur neuen geschaeftseinteilung angehört, so erhalte man den ein- druck, es handle sich um eine schreckliche angelegenheit, stellte stadtrat s c h i e d e r (spoe) in seinem schlusswort fest. alle nur erdenklichen negativa wie "sang-und klanglos", "hue-hott", "falsch und schlecht", "gewuerfelt", "geschachert" usw. kommen im repertoire der oevp und fpoe vor. von denjenigen, die die arbeit tatsaechlich machen, wurde eine einteilung vorgelegt, nach der diese arbeit bestmoeglich bewaeltigt werden soll. die geschaefts- einteilung wird dazu beitragen, dass die verwaltung die stadt noch wohnlicher und menschlicher gestalten kann.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe angenommen.

## autobahnplanung

gr. h o l u b a r z (spoe) stellte den antrag auf eine sach- kreditserhoehung in der hoehe von 65.000 schilling fuer die planung der sued-ost-autobahn.

gr. dipl.ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe) stellte fest, dass seine fraktion dem antrag nicht zustimmen werde, da fuer diese trasse kein bedarf gegeben sei. der bereich des noerdlichen burgen- landes sei hinlaenglich durch die suedautobahn erschlossen. das geld fuer die sogenannte 'a 3' wuerde man fuer andere autobahnab- schnitte, zum beispiel fuer die suedautobahn dringender benoetigen. ausserdem beginnen die planungskosten, unverhaeltnismaessig hoch zu steigen.

gr. h o l u b a r z meinte in seinem schlusswort, dass fuer ein umfangreiches projekt genaue untersuchungen und eine sorgfaeltige planung, die auf den umweltschutz bedacht nimmt, unumgaenglich sei. /



a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe und oevp angenommen.

#### wohnbauprogramm

fuer insgesamt 115 wohnhausanlagen der stadt wien, die in den jahren 1979 bis 1983 errichtet werden, sollen die noetigen vorarbeiten geleistet werden. diesen antrag stellte gr. ing. h o f - s t e t t e r (spoe).

gr. dkfm. dr. e b e r t (oevp) uebte an der parkraumnot kritik. im wohnbauprogramm sollen nicht nur fuer die bewohner neuer haeuser parkplaetze vorgesehen, sondern es muessten auch die anrainer der umgebung beruecksichtigt werden. leer stehende bauplaetze sollten voruebergehend als abstellflaechen oder als kinderspielplaetze verwendung finden. im falle von neuen wohnhausanlagen soll auch den anrainern des umliegenden gebietes mitspracherecht eingeraeumt werden.

gr. eberrt ersuchte um getrennte abstimmung fuer folgende drei projekte: quellenplatz 4 - laxenburger strasse 71, berresgasse und canalettogasse 10. in der laxenburger strasse sei dem vorbesitzer des hauses eine abbruchgenehmigung verweigert worden. nun, da das haus der stadt wien gehoere, wird es abgebrochen. die verbliebenen mieter wohnen unter katastrophalen umstaenden. in der berresgasse wird unter dem deckmantel der verdichtung staedterweiterung betrieben. in der canalettogasse war urspruenglich ein park vorgesehen. weiter werden bei der planung fuer die simmeringer hauptstrasse 34-40 gruenflaechen vermisst, im 15. bezirk in der grimmgasse muessten geeignete ersatzlokale fuer die geschaeftsleute beschafft werden. (ba) (forts)

1553

wiener gemeinderat (12):

wohnbauprogramm (schluss)

20 wien, 26.2. (rk) gr. L u d w i g (spoe) bezeichnete die ablehnung des projektes quellenplatz 4/laxenburger strasse 71 als unbegreiflich. einerseits wuenscht die oevp die staedterneuerung, andererseits ist sie gegen ein konkretes projekt. das haus wurde

1976 von der stadt wien erworben. schaeztungen und kostenerhebungen ergaben, dass eine renovierung wirtschaftlich nicht vertretbar waere. mieterversammlungen fanden statt. die reinen reparaturkosten haetten eine erhoehung des mietzinses um das 22fache bis 48fache bedeutet. die mehrheit der mieter war nicht bereit, einen um soviel erhoekten zins zu zahlen. auch das bundesdenkmalamt bekundete kein oeffentliches interesse an der erhaltung der beiden haeuser. es gibt zwei moeglichkeiten der stadterneuerung: wo es technisch und wirtschaftlich moeglich ist, kann eine modernisierung der haeuser erfolgen, wo dies nicht der fall ist, sind der abbruch und neubau sinnvoll. gr. arthold (oevp) warf der spoe vor, in der frage dieser beiden haeuser ein schlechtes gewissen zu haben. auf eine oevp-anfrage im jahr 1976 sei die antwort gegeben worden, sie seien erhaltungswuerdig. die mieter sind von keiner offiziellen stelle verstaendigt worden, sondern die hausbesorgerin trug wohnungswerberscheine aus. der abbruch scheine ihm nicht rechtskraeftig, erklarte arthold. die angelegenheit liegt bei der schlichtungsstelle. nur ein kostenvoranschlag sei vorgelegt worden. wo blieb das gegenoffert? man duerfe ein haus nicht nach dem zustand des stiegenhauses beurteilen.

mehr als hundert abbruchbewilligungen sind im letzten jahr erteilt worden, erklarte gr. dr. mayr (oevp). in einigen faellen sei die lage unbefriedigend gewesen. in der rechtsordnung gebe es luecken. im fall des hauses mariahilfer strasse 165 habe es an koordination beim magistrat gemangelt. die mieter wussten nicht, dass ein abbruchantrag in den gemeinderatsausschuss kam - wo er allerdings erfreulicherweise abgesetzt wurde. die abbruchsbewilligungsakte sollten besser ausgestattet sein. in der ankaufspolitik der ma 69 gebe es keine gezielten schwerpunkte. es sei notwendig, die bodenpolitik auf stadterneuerungsgebiete zu lenken. man muesse auch ueberlegen, ob man nicht doch das eine oder andere grundstueck erwirbt, um gruenflaechen oder stellplaetze zu schaffen. (ger)

im schlusswort griff der berichterstatter das parkplatzproblem heraus und betonte, dass bei allen staedtischen wohnhausanlagen die stellplatzverpflichtung durch das garagengesetz mehr als erfuehlt wird. damit werden die beduerfnisse der

mieter gedeckt. es ist aber nicht moeglich, parkplaetze fuer ganze wohngebiete zu errichten, weil das im wohnbaufoerderungsgesetz nicht gedeckt ist. die probleme der grundfreimachung bzw. absiedlung wurden in der diskussion nicht ganz objektiv dargestellt. in der regel bietet die gemeinde wien den mietern von abbruchobjekten bessere bedingungen an als im gesetz vorgesehen ist.

zu den drei projekten, ueber die eine getrennte abstimmung verlangt wurde: eine instandsetzung des hauses quellenplatz 4 haette einen mietzins in einer nicht mehr vertretbaren hoehe ergeben, die mieter haben sich mit mehrheit dagegen ausgesprochen. die neubauung dieser liegenschaft dient der stadterneuerung, die opposition nimmt daher in der frage der stadterneuerung keinen konsequenten standpunkt ein. das projekt 22, berresgasse, liegt zwar in einem erweiterungsgebiet, auf stadterweiterung kann aber nicht ganz verzichtet werden, will man die wohnungsbeduerfnisse decken. die opposition sollte hingegen auf jene baugesellschaften einwirken, die zahlreiche projekte am stadtrand bei der wohnbaufoerderung einreichen und fuer die sogar interveniert wird.

a b s t i m m u n g : das wohnbauprogramm wurde mit ausnahme der genannten drei projekte einstimmig angenommen. die projekte quellenplatz und berresgasse von fpoe umnd spoe angenommen. das projekt canalettogasse nur von spoe angenommen. (smo)

1616

wiener gemeinderat (13):

hafenkonzept und hafenausbau

22 wien, 26.2. (rk) gr. ing. h o f s t e t t e r (spoe) beantragte, ausbaukonzepte fuer die beiden haefen in der freudenau und in albern zu genehmigen und den magistrat zu ermaechtigen, fuer den geplanten ausbau 560 millionen bereitzustellen.

gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) erklarte, dass der ausbau zweifellos notwendig ist. hirnschall kritisierte jedoch die ungenuegende vorbereitung des aktenstueckes. nachdem jahrzehntelang nichts geschehen ist, hat sich nun die buerokratie ueberschlagen, und ohne beratungen im finanz- und liegenschaftsausschuss soll ueber die doch sehr wesentlichen schritte entschieden werden. dabei sind

entscheidende fragen noch offen. zum beispiel liegt noch keine zusage der bundesbahnen ueber die im konzept vorgesehene errichtung eines frachtenbahnhofes in der freudenau vor. weiter wird zwar davon gesprochen, dass der lkw-bahnhof von privaten finanziert werden soll, es fehlt jedoch der hinweis auf konkrete angebote. wer wird die hochwasserschutzkosten tragen, und schliesslich sind fuer eine montagehalle kosten in der hoehe von 230 millionen vorgesehen, die offensichtlich nicht von privaten, sondern von der hafengesellschaft aufgebracht werden muessen.

stadtrat m a y r (spoe) erklarte, man solle zwei verschiedene dinge wie die vorlage eines gesamtconzeptes und die realisierung des konzeptes auseinanderhalten. es kann heute bei vorlage des konzeptes noch nicht verlangt werden, dass ueber jedes detail der realisierung berichtet werden kann. zu den von gemeinderat dr. hirschnall gestellten fragen erklarte mayr: 1. es bestehen derzeit intensive verhandlungen mit den oebb wegen der uebergabe der wiener hafenbahn an die oebb. es zeichnet sich ein ergebnis ab, dass die oebb einen bahnhof plus gleisanschluesse finanzieren werden. 2. fuer den lkw-abstellplatz interessieren sich bedeutende private speditionen. eine dementsprechende vereinbarung duerfte in relativ kurzer zeit abgeschlossen werden. 3. der hochwasserschutz ist eine angelegenheit der oeffentlichen hand, und daher wird der wiener hafen die kosten nicht zu tragen haben. 4. die betriebe der wiener schwerindustrie erklarten, dass sie eine montagehalle aus eigenen mitteln nicht errichten koennten. die stadt wien wird daher die montagehalle bauen, allerdings nur, wenn vor baubeginn bereits langfristige miet- und pachtvertraege von seiten der firmen der wiener schwerindustrie vorliegen.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe und oevp angenommen. (sei) (schluss)

k o m m u n a l :

=====

die neuen gemeinderatsausschuesse und ihre mitglieder

wien, 26.2. (rk)

"personal- und rechtsangelegenheiten":

otto hirsch, albert holub, raimund kopfensteiner, hans ludwig, dr. erwin nowak, franz peska, hubert pfoch, rudolf poeder, elisabeth schindler und walter seeboeck (alle spoe).

prof. rudolf zoerner, dr. hannes krasser, walter eberhardt, mag. robert kauer und dkfm. sigrun schlick (alle oevp).

"finanzen und wirtschaftspolitik":

adalbert busta, herbert dinhof, rudolf edlinger, franziska fast, hermine fiala, ing. walter hofstetter, leopold mayrhofer, rudolf poeder, guenther sallaberger und albert schultz (alle spoe).

fritz hahn, dr. hannes krasser, otto pelzelmayr, josef hoffmann und dkfm. dr. heinz woerber (alle oevp).

"bildung, jugend, familie":

franz ascherl, franz gawlik, erik hanke, kurt holubarz, leopoldine pfauser, gertrude stiehl, oswald strangl, gabrielle traxler, leopold wiesinger und hildegard wondratsch (alle spoe).

prof. markus bittner, prof. rudolf zoerner, johannes prochaska, maria hampel-fuchs und leopold traendl (alle oevp).

"kultur und buergerdienst":

dkfm. dr. adolf aigner, kurt holubarz,  
kurt landsmann, dipl.-vw. karoline pluskal,  
johann sevcik, ingrid smejkal, gertrude  
stiehl, oswald strangl, anton windhab  
und hildegard wondratsch (alle spoe).

dr. joerg mauthe, leopold schneider,  
dr. marilies flemming, johannes prochaska  
und mag. robert kauer (alle oevp).

"gesundheit und soziales":

eveline andrlik, herbert dinhof, johanna  
dohnal, franziska fast, franz gawlik, erika  
krenn, dr. erwin nowak, maria szoelloesi,  
anton windhab und dr. kurt zeman (alle spoe).

walter lehner, gertrude haertel, leopold  
traindl, dkfm. sigrun schlick und walter  
eberhardt (alle oevp).

"stadtplanung":

franz ascherl, hans brosch, hermine  
fiala, heinrich haberl, albert holub,  
wilhelm kneisler, josef michalica, gerhard  
oblasser, franz rosenberger und walter  
seeboeck (alle spoe).

dr. peter mayr, dkfm. gerhard ammann, josef  
arthold, karl daller und bruno alram  
(alle oevp).

"umwelt und freizeit":

rudolf edlinger, kurt landsmann, hans  
ludwig, gerhard lustig, ernst nussbaum,  
ernst outolny, leopold schwarz, otto  
schweda, friederike seidl und ernst vejtišek  
(alle spoe).

dipl.-ing. ddr. wolfgang strunz , dr. matthias  
glatzl , anton fuerst , josef arthold und  
josef jedletzberger (alle oevp).

"wohnen und stadterneuerung":

eveline andrlik , rudolf freinberger ,  
josef hala , rosa heinz , ing. walter hof -  
stetter , erika krenn , gerhard lustig ,  
josef michalica , roman rautner und margarete  
tischler (alle spoe).

josef hoffmann , dr. peter mayr , ing. otto  
kreiner , dkfm. dr. erich ebert und ernst uhl  
(alle oevp).

"vermoegensverwaltung, staedtische dienstleistungen,  
konsumentenschutz":

hans brosch , rudolf freinberger ,  
johann kneidinger , wilhelm kneisler , maria  
kuhn , ernst outolny , franz peska , guenther  
sallaberger , otto schweda und ingrid  
smejkal (alle spoe).

dkfm. dr. maria schaumayer , leopold  
schneider , maria hampel-fuchs , dkfm.  
dr. erich ebert und josef jedletzberger  
(alle oevp).

"strasse, verkehr und energie":

adalbert busta , johanna dohnal , heinrich  
haberl , otto hirsch , karl hengel -  
mueller , raimund kopfensteiner , maria  
kuhn , gerhard oblasser , roman rautner  
und albert schultz (alle spoe).

dkfm. gerhard ammann , dr. peter mayr , karl  
daller , ing. otto kreiner und werner  
haubenburger (alle oevp).

++++